

## Vertrag verlängert

Jüdische Gemeinde bekommt weiterhin Geld

Der Magistrat hat den im Jahre 1990 abgeschlossenen „Frankfurter Vertrag“ zwischen der Stadt und der Jüdischen Gemeinde bis 2021 verlängert. Die bisher festgeschriebenen Zuwendungen von jährlich etwa rund vier Millionen Euro sollen der Gemeinde weiter regelmäßig gewährt werden. Das haben Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) und Bürgermeister Uwe Becker (CDU) jetzt mitgeteilt.

Die Zuwendungen seien wichtig für die Planungssicherheit und den Gestaltungsspielraum für die tägliche Arbeit der Gemeinde, hoben die beiden Politiker hervor. Die Beziehungen zwischen der Jüdischen Gemeinde und der Stadt Frankfurt seien von tiefer Freundschaft gekennzeichnet. Das jüdische Leben habe Frankfurt nachhaltig geprägt und tue dies heute noch.

Die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe an der Jüdischen Schule soll anteilig von der Stadt, dem Land und der Jüdischen Gemeinde finanziert werden. Frankfurt gewähre einen einmaligen Investitionskostenzuschuss von vier Millionen Euro, der auf die Jahre 2017, 2018 und 2019 verteilt werde, hieß es. Mit der geplanten Oberstufe könnten Schüler der Lichtigfeld-Schule ihre gesamte Schulzeit dort verbringen.

Dem Magistrat sei die finanzielle Förderung des Projektes „Treffpunkt“ ein weiteres großes Anliegen. Es handelt sich dabei um ein im Jahr 2002 gegründetes Zentrum der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland im Frankfurter Westend, in dem Überlebende des Holocausts und ihre Familien Kontakt zu anderen Menschen ihrer Generation aufnehmen können. Das Zentrum leistet nach Angaben Beckers einen wichtigen Beitrag zur psychosozialen Versorgung seiner Besucher. Auch Angehörigen werde hier ein Hilfsangebot gemacht. Die Stadt werde den „Treffpunkt“ vom nächsten Jahr an mit 40 000 Euro jährlich fördern.

In der Bevölkerung ist wenig bekannt, dass die Jüdische Gemeinde keineswegs eine reiche Gemeinde ist. Sie wurde im Dritten Reich des Großteils ihrer Immobilien sowie ihres Vermögens beraubt. In den vergangenen 25 Jahren hat die Gemeinde viele Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion aufgenommen, die häufig einer Unterstützung bedürfen. *rieb.*

## Jetzt kann geschmolzen werden

So wahnsinnig verändert sieht der Eiserner Steg nach dem vergangenen Wochenende eigentlich gar nicht aus. Dabei, so konnte man gestern auf Anfrage bei der „Frankfurter Hauptschule“ erfahren, hat die studentische Künstlergruppe die Fußgängerbrücke über den Main gar nicht einmal unerheblich erleichtert mit ihrer groß angekündigten Liebeschlosser-Aktion. Einen Euro hatten die anonymen Künstler für jedes vom Steg entfernte Schloss versprochen, das man ihnen in den „conSpace“ genannten Ausstellungsraum im Frankfurter Osthafen bringen würde – und tatsächlich wurden rund 3000 metallene Liebesbeweise abgegeben und mancher Glückssucher kreuzte mit einem ganzen Schlosser-Zopf im „Atelierfrankfurt“ auf.

Allerdings, und das hat die jungen Künstler wohl vor der Pleite bewahrt, nach ihren eigenen Angaben etwa die Hälfte der geknackten Riegel als Spende ein, sei es direkt vom Frankfurter Brückengeländer, sei es per Post aus Berlin, aus Osnabrück oder aus Köln, wo der „moderne Keuchheitsgürtel“, wie die „Frankfurter Hauptschüler“ die Liebeschlosser wenig poetisch nennen, sich bei frisch verliebten Paaren offenbar noch größer Beliebtheit erfreut als am Main. Jetzt, hieß es gestern, liege all das Altmetall schon in der Gießerei, so dass man – wie angekündigt – zur Vernissage eine aus den stählernen, mutwillig geknackten Treueversprechen gegossene Skulptur präsentieren könne. Wiewohl, im Grunde kommt es darauf ohnehin nicht wirklich an.

„Passagen“, so der Titel der vom Kulturfonds Frankfurt/Rhein-Main geförderten Schau im „conSpace“, ist schließlich nicht nur, wie man nach der ein wenig aufgeregten Berichterstattung meinen könnte, eine anarchische Aktion gegen „Zwangsliebe und Liebeszwang“, als die die Initiatoren die Schlösser erklärtenmaßen sehen. Vielmehr haben die Kuratoren Raul Gschrey und Michaela Filla Raquin neben den „Frankfurter Hauptschülern“ mit Girmachew Getnet, Agata Pietrzyk, Christian Engels und dem rumänischen Videokünstler Daniel Djamo auch noch eine ganze Reihe weiterer Künstler eingeladen. Die Eröffnung findet am 18. August um 19 Uhr im „conSpace“ im „Atelierfrankfurt“, Schwedlerstraße 1–5, statt. Anschließend ist die Ausstellung bis zum 3. September immer wochentags von 14 bis 18 Uhr geöffnet. CHRISTOPH SCHÜTTE



Warum nicht auf dem Kulturcampus neu bauen? Der frühere Planungsdezernent Martin Wentz hält eine offene Debatte über die Städtischen Bühnen für nötig. Foto Lukas Kreibitz

## „Diese verdammte Mutlosigkeit“

Die Debatte über Erhalt oder Neubau der Städtischen Bühnen bewegt die Stadt. Jetzt macht der frühere Planungsdezernent Martin Wentz einen neuen Vorschlag.

Also besser zunächst grübeln und dann erst dübeln, meint Wentz. Es müsse bei den Investitionsentscheidungen die Frage erlaubt sein, welche Lösung für die langfristige Stadtentwicklung angemessen sei. „Diese Frage hat mit unserem Mut zu tun, gegenüber dem schnellen Geplapper im Sommerloch erst einmal die eingefahrenen Gleise zu verlassen und den Kopf für neue Gedanken aufzuräumen.“

Wentz erinnert an die Baugeschichte der Frankfurter Kulturinstitutionen. Historisch waren Theater und Oper auf zwei Kulturstätten verteilt: die Oper am Opernplatz und das Schauspielhaus am Theaterplatz, der heute Willy-Brandt-Platz heißt. Aus stadtplanerischer Sicht sei das durchaus vernünftig gewesen: Bedeutende Gebäude mit kultureller und öffentlicher Nutzung wurden so im Stadtgewebe verteilt, so dass die Stadt mehrere attraktive Höhepunkte zu bieten hatte.

Weil nach dem Zweiten Weltkrieg das ausgebombte Opernhaus nicht mehr zur Verfügung stand, wurde die Oper in die Reste des Schauspielhauses verlegt und das Theater später daneben neu errichtet. Die Doppelanlage der Städtischen Bühnen entstand. Erst Ende der siebziger Jahre wurde das alte Opernhaus als Konzerthaus „Alte Oper“ wieder aufgebaut. Diese Aufbauleistung habe der Stadt nicht nur kulturell gutgetan. Aus einem sterilen Parkplatz sei ein hochattraktiver städtischer Raum geworden: „Von dieser räumlich-kulturellen Erweiterung der Innenstadt lebt heute die gesamte Stadt.“

Die Vielzahl und Vielfältigkeit kultureller und räumlich spannender Unterzonen mache Städte interessant und lebenswert: Das gilt laut Wentz für die meisten Großstädte weltweit. Besondere öffentliche Gebäude seien auf ein besonderes Umfeld angewiesen: „Rathäuser, Kirchen, Theater, Museen sind zumeist freigestellte repräsentative Bauwerke, in denen sich der kulturelle und historische Anspruch einer Stadtgesellschaft abbildet.“ Sie drückten architektonisch die Leistungsfähigkeit und den gestalterischen Willen der jeweiligen Gesellschaft aus, sagt Wentz und ergänzt ironisch: „Himmel hilf bei Rekonstruktionen!“ Nicht umsonst stünden die schönsten Opernhäuser und Theater als Zeugnisse ihres architektonischen Zeitalters an bedeutenden städtischen herausragenden Plätzen. Für den Willy-Brandt-Platz gelte das nur einge-



schränkt: Er sei nach der Verbannung der Autos nur mühsam ein Platz geworden und lebe insbesondere von der anschließenden Weite der grünen Wallanlage und dem architektonischen Signal des Wolkenfeyers der Theateranlage. „Dass dort heute gleich zwei der für Frankfurt bedeutenden kulturellen Einrichtungen stehen, ist der Nachkriegszeit, aber nicht einer weitestgehend Stadtentwicklungsstrategie geschuldet“, meint Wentz.

Welchen Standort aber schlägt Wentz stattdessen vor? Das alte Polizeipräsidium am Platz der Republik hält er für ungeeignet. Es könne niemals einem herausragenden Theater gerecht werden, das den heutigen städtebaulichen und architektonischen Ansprüchen an einen räumlich besonderen Platz genüge. Wentz hat eine andere Idee: Seit Jahren träume die Stadt in ihren offiziellen Gremien von einem Kulturcampus auf dem ehemaligen Universitätsgelände in Bockenheim. Das Bo-

ckenheimer Depot sei heute schon ein attraktiver Raum für Theater und Konzerte. Südlich der Bockenheimer Warte könne parallel zur Senckenberganlage anstelle der Mensa und gegebenenfalls des Juridicums eine bedeutende öffentliche Einrichtung entstehen, zum Beispiel ein Opern- oder Schauspielhaus. Die Bockenheimer Landstraße verbände diesen Standort mit der Alten Oper.

Wentz verschweigt allerdings, dass diese Flächen schon mit Plänen belegt sind: Auf dem Areal des Juridicums will das Land den Neubau der Musikhochschule unterbringen. Und auf dem angrenzenden Grundstück des Labsaals, der alten Mensa, plant ein Projektentwickler ein Bürohaus. Dessen Pläne standen allerdings schon wiederholt in der Kritik. Denn das Grundstück ist das Entree zum Kulturcampus. Ein Bürogebäude stünde an dieser exponierten Stelle mehr als ungünstig, meinen Kritiker. Die Pläne für den Kulturcampus sind noch nicht in Stein gemeißelt. Ein Architekturwettbewerb für die Musikhochschule steht beispielsweise noch aus.

Wentz glaubt, dass es noch weitere potentielle Standorte für ein neues Opern- oder Schauspielhaus gibt. „Dem Wettbewerb der Gedanken sollte keine Grenze gesetzt werden. Der Willy-Brandt-Platz bleibt dabei unbestritten.“

Eine Aufteilung der Standorte von Oper und Schauspiel hätte laut Wentz große finanzielle und logistische Vorteile. Blieben beide Institute am alten Standort, müsste wenigstens ein Ausweichquartier für die lange Zeit der Baumaßnahmen geschaffen werden. „Wer geht dann, zu Lasten wessen, wohin?“ Das Schauspiel in das Bockenheimer Depot, damit die Oper ins Schauspielhaus? Oder ins Zoo Gesellschaftshaus, wo eigentlich das Kinder- und Jugendtheater hin soll? „Wentz meint, es sei klüger zu prüfen, ob ein neuer Standort für eines der Häuser der Stadtentwicklung langfristig hilft und erhebliche Kosten für Zwischenlösungen spart.“

„Diese verdammte Mutlosigkeit des ‚Alles bleibe, wie es ist‘, diese festgefahrene Zufriedenheit mit dem Bestehenden und Erreichten“ habe schon dem Museum der Weltkulturen die bauliche und fachliche Weiterentwicklung gekostet, schreibt Wentz. An anderer Stelle könnte das Museum zu vertraglichen Kosten längst im Bau sein, ohne dem Museumsufer zu schaden. *rsch.*

## Wer's glaubt: Mehr Raum für Frankfurter Mieter

Statistiker des Instituts der deutschen Wirtschaft haben eine beruhigende Botschaft errechnet

Statistiken sind schon eine famose Sache. Das Institut der deutschen Wirtschaft mit Sitz in Köln ist nun mit einer besonders interessanten Analyse von Zahlen hervorgetreten. „Mieten und Einkommen gehen meist Hand in Hand“, lautet die Überschrift der gestern publizierten Studie. Demnach sind die Bruttowarmmieten im Geschosswohnungsbau in Deutschland seit dem Jahr 2010 weniger stark gestiegen als das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, nämlich um 10,2 Prozent gegenüber 11,5 Prozent.

Die gute Nachricht für alle Frankfurter lautet, dass auch sie sich mehr Wohnraum leisten können: Durchschnittlich kann ein Haushalt für ein Viertel seines verfügbaren Einkommens 70 Quadratmeter mieten, das sind immerhin fünf Prozent mehr als im Jahr 2010. Was wieder

einmal zeigt, wie wohlhabend die Bewohner der Mainmetropole sind.

Nun müssen auch die Statistiker zugeben, dass es in einigen Groß- und in etlichen Universitätsstädten ziemlich dramatische Entwicklungen gibt. Offenbach etwa liegt gemeinsam mit Würzburg an zweiter Stelle hinter Berlin. In unserer lieben Nachbarstadt sind die Mieten seit 2010 um 22 Prozent gestiegen, dort kann sich der Durchschnittshaushalt nur noch 68 Quadratmeter leisten, das sind neun Prozent weniger als 2010. Beengter müssen nur die Würzburger, Heidelberger, Freiburger und Trierer wohnen.

Aber wenn man auch die ostdeutschen Mangelgebiete und die nordhessischen Bevölkerungsschrumpfungszonen einrechnet, dann ergeben sich eben sehr beruhigende Zahlen für ganz Deutschland. Dann kann

man mit dem Institut der deutschen Wirtschaft auch zu dem schönen Schluss kommen, dass die Wohnungsmärkte funktionieren. Und die versteckte Botschaft an die Gewerkschaften lautet: Wenn die Einkommen stärker steigen als die Mieten, dann sind auch Rufe nach stärkeren Lohnerhöhungen verfehlt.

Ein paar Fragen an die Statistiker hätten wir schon: Was nutzt es mir, wenn ich mir theoretisch 70 Quadratmeter leisten kann, aber keine Wohnung finde? In Frankfurt gibt es immer mehr Doppelhaushalte, weil etwa junge Paare nach der Familiengründung keine passende Unterkunft finden. Und was hilft jemandem, der nach Frankfurt zieht, die Marktmiete? Er muss sich mit den Angebotsmieten auseinandersetzen, und die liegen deutlich höher.

Und wie steht es um die Verteilung der Einkommenszuwächse? Sind sie für den durchschnittlichen Mieter im Geschosswohnungsbau, wie von der Studie impliziert, ähnlich hoch wie für den durchschnittlichen Eigenheimbesitzer? Und weiter: Ist es redlich, die Nebenkosten einzurechnen? Die seit 2010 nur um sieben Prozent gestiegenen Heizkosten wirken dadurch nämlich dämpfend auf die Mietpreistatistik. Auch die Behauptung, dass sich die Lage auf den angespannten Märkten aufgrund der gestiegenen Bautätigkeit entspannen werde, ist zumindest mutig zu nennen. Im Rhein-Main-Gebiet herrscht jedenfalls in etlichen Kommunen akuter Mangel an Bauland. Da ist für die Politik durchaus etwas zu tun, der das Institut der Wirtschaft empfiehlt, keine neuen Programme zu initiieren. *ale.*

## „Permanentes Wahlkampfbüro“

Uwe Becker wirkt nicht besonders besorgt. Der Kämmerer, Bürgermeister und CDU-Vorsitzende verfolgt die Absicht von Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD), das städtische Presseamt neu auszurichten, mit Gelassenheit. „Jeder Dezernent ist Herr in seinem Laden“, sagt Becker, das nähmen schließlich auch die anderen hauptamtlichen Stadträte für sich in Anspruch.

Wie berichtet, hat Feldmann die Absicht kundgetan, das Presse- und Informationsamt mit dem Protokoll und dem Referat für internationale Angelegenheiten zu einer neuen Behörde namens Amt für Kommunikation und Stadtmarketing zusammenzulegen. Viel mehr ist noch nicht bekannt, laut Becker muss Feldmann die Details demnächst der Koalition vorlegen. Aus dem Büro des Oberbürgermeisters war gestern keine Stellungnahme zu den Plänen zu erhalten.

Fest steht bisher, dass der bisherige Leiter des Presseamts, Nikolaus Münster, am 30. September vorzeitig in Ruhestand geht. Er tut dies offenbar, weil ihn die ständige Einflussnahme aus dem Büro des Oberbürgermeisters frustriert hat. Journalisten, die über den Römer berichten, war in den vergangenen Monaten aufgefallen, dass das Presseamt immer mehr Mitteilungen verschickte, die Feldmanns Wirken in den Mittelpunkt stellten. Feldmann soll Münster zudem den Rückzug nahegelegt haben.

Laut unwiderrprochenen Gerüchten soll Tarkan Akman Nachfolger Münsters werden. Akman ist bisher Referent des Oberbürgermeisters; er ist zudem Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Bornheim. In den anderen Parteien im Römer wird die Personalie als Versuch Feldmanns gewertet, das Presseamt mit Blick auf die Oberbürgermeisterwahl 2018 zu einer Art permanentem Wahlkampfbüro zu machen. Die kolportierte Einbeziehung der Wirtschaftsförderung und der Tourismus- und Congress GmbH in das neue Amt beschränkt sich offenbar auf die Koordination von Terminen. Dem Vernehmen nach will Feldmann verhindern, dass öffentlichkeitswirksame Auftritte an ihm vorbei an andere Magistratsmitglieder vergeben werden könnten.

Das Presseamt hat sich unter Münster als neutrales Sprachorgan der Stadt verstanden. Was die politischen Fragen angeht, verfügt jedes Dezernat über eigene Pressesprecher. Der wachsende Einfluss von Feldmann auf das Amt hätte daher für die übrigen Stadträte nur begrenzte Bedeutung. *ale.*

## Alte Frau von Bus überrollt

Eine alte Frau ist gestern von einem Linienbus überrollt worden. Sie sei lebensgefährlich verletzt, berichtete ein Sprecher der Polizei. Die Dame sei in der Römerstadt aus dem Bus ausgestiegen. Nach dem Aussteigen habe der wieder anfuhrnde Bus sie erfasst und überrollt. Die genauen Umstände müssten erst noch aufgeklärt werden, sagte der Sprecher. Die Frau werde im Krankenhaus behandelt und schwebt in Lebensgefahr. *rieb.*

## Grapscher belästigt Frau im Zug

Wegen „Beleidigung auf sexueller Basis“ wird gegen einen 22 Jahre alten Mann ermittelt, der am Samstagabend auf der Zugfahrt von Frankfurt nach Gießen unvermittelt eine junge Frau begrapscht haben soll. Gegen seine Festnahme wehrte er sich. *hs.*

## RHEIN-MAIN-ZEITUNG

Zeitung für Frankfurt

VERANTWÖRLICHER RESSORTLEITER: Dr. Matthias Alexander, Manfred Köhler (stv.)

Patricia Andreea, Peter Badenhop, Mechthild Haching, Katharina Iskandar, Ingrid Karb, Martin Ochmann, Hans Riebsamen, Tobias Rössmann, Rainer Schulze, Helmut Schwan, Dieter Schwöbel, Stefan Toeffer, Matthias Trautsch, Jacqueline Vogt, Sascha Zoske.

KULTUR: Michael Hierholzer (Koordination); Dr. Florian Balke, Eva-Maria Magel, Christian Riethmüller.

WIRTSCHAFT: Manfred Köhler (Koordination); Falk Heunemann, Petra Kirchhoff, Jochen Remmert, Daniel Schleidt, Thorsten Winter.

KORRESPONDENTEN: Wolfram Ahlers, Bernhard Biener, Oliver Bock, Werner Breunig, Luis Glaser-Lotz, Rainer Hein, Dr. Ewald Herold, Heike Lattka, Hanns Mattes, Markus Schug, Eberhard Schwarz

LANDESPOLITIK: Ralf Euler.

RHEIN-MAIN-SPORT: Der Rhein-Main-Sport wird redigiert von der Sportredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; verantwortl.: Christian Weibrecht.

ANSCHRIFT FÜR DEN VERLAG UND REDAKTION: Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main

Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7591-0, Redaktions-Telefax (069) 7591-1773 und -2075, E-Mail-Adresse der Redaktion: rhein-main@faz.de

VERANTWÖRLICH FÜR ANZEIGEN: Michael Hoffelder, Ingo Müller. RheinMainMedia GmbH, Frankfurter Allee 71 – 81, 60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7501-4000, Telefax (069) 7501-4105. Anzeigenpreise laut RMM-Preisliste Nr. 21, gültig vom 1. Januar 2016 an.

Beilagenhinweis: Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegen Prospekte der folgenden Firmen bei: Segmüller; XXL Marketing GmbH. Informationen zur Prospektwerbung: Telefon: 069/75 01-41 13; Telefax: 069/75 01-41 16; E-Mail: beilagen@rheinmainmedia.de